

# Politik gefährdet Versorgung

## DIE BEDROHUNGEN

### ASVG

- Verlust des Stellenplans; dieser soll künftig durch SV und Länder geregelt werden.
- Ausschreibung von Kassenstellen soll künftig ausschließlich durch die Sozialversicherung erfolgen. Einvernehmen mit der Ärztekammer ist nicht mehr notwendig.
- Wegfall der Gesamtvertragskompetenz der Landesärztekammern mit 1.1.2026;
- Verlust des Mitspracherechts bei der Gründung von Ambulatorien;
- Wegfall der Bedarfsprüfung für Ambulatorien, wenn eine Kassenstelle erfolglos ausgeschrieben wurde.
- Bei der Bedarfsprüfung selbst hat die Ärztekammer keine Parteistellung mehr.
- Wird eine Kassenstelle zweimal erfolglos ausgeschrieben, kann die Sozialversicherung die Stelle auch allein ausschreiben.
- Auch Verträge außerhalb des Gesamtvertrages sollen künftig möglich sein.
- Für die Bereiche, in denen es keine Gesamtverträge gibt, sollen Sonderverträge möglich sein – beispielsweise für Nuklearmedizin/ Strahlentherapie, Anästhesie etc.

- Sondervereinbarungen im Einzelvertrag zwischen Kasse und Ärzten sind auch ohne Zustimmung der Ärztekammer möglich.
- Die Kündigung eines Einzelvertrages mit einem SV-Träger bedeutet künftig das Ende aller Kassenverträge.

### WAHLÄRZTE

- Verpflichtende E-Card und ELGA-Anbindung für alle Wahlärzte ab 1. Jänner 2026.

### DOKUMENTATION

- Gesetzliche Codierungspflicht für Kassenärztinnen und Kassenärzte ab 1.1.2025.

### AUSBILDUNG

- Die Anerkennung als Ausbildungsstätte in einem Krankenhaus ist ab 1.1.2024 auch dann möglich, wenn es nur noch einen Facharzt auf der Abteilung gibt, der selbst oder sein Vertreter in der Kernarbeitszeit anwesend ist.

### WIRKSTOFFVERSCHREIBUNG

- Die Wirkstoffverschreibung soll künftig verpflichtend sein. Einzige Ausnahme: Wenn die Ärztin/der Arzt am Rezept maschinenlesbar eine Indikation für ein bestimmtes Produkt vermerkt.

**Mit den im Zuge des Finanzausgleichs geplanten Änderungen im Gesundheitsbereich beendet die Politik eine jahrzehntelang bewährte partnerschaftliche Zusammenarbeit. Treten all die geplanten Veränderungen in Kraft, bleibt bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in Zukunft kein Stein auf dem anderen.**

Geht es nach den Plänen der Politik, sollen Ärztinnen und Ärzte künftig keinerlei Mitsprache und Gestaltungsrecht bei der medizinischen Versorgung haben. Man hat die ÖÄK lange nicht über die geplanten Änderungen informiert – und jetzt soll alles ganz schnell gehen: Der Beschluss im Ministerrat soll ohne Begutachtung erfolgen.

Die geplanten Veränderungen betreffen Kassenärztinnen und Kassenärzte; aber auch für Wahlärztinnen und Wahlärzte soll es zahlreiche verpflichtende Auflagen geben. Nicht nur das: Die Wirkstoffverschreibung soll verpflichtend kommen. Und Änderungen gibt es auch im Spitalbereich – konkret bei der Ausbildung.

## So nicht!

Ärztinnen und Ärzte sollen künftig bei der Planung und Gestaltung der Gesundheitsversorgung nicht mehr mitreden. Das ist – auf einen kurzen Nenner gebracht – das Ziel der geplanten 15a-Vereinbarung, die jetzt auf Biegen und Brechen ohne eine Begutachtungsphase durch den Ministerrat gepeitscht werden soll. Genau diese Geheimniskrämerei zeigt aber, dass die Politik schon ganz genau gewusst hat, warum sie so vorgeht. Und noch dazu geschieht das alles ohne jede Not: Wir haben – oder hatten – zumindest bis jetzt eine funktionierende Sozialpartnerschaft im Gesundheitswesen.



Mit all den geplanten Maßnahmen geht es der Politik nicht um eine Verbesserung der medizinischen Versorgung, sondern nur darum, den Einfluss der Ärztekammer bei der Gestaltung unseres Gesundheitssystems zurückzudrängen. Das, was bislang im Gesamtvertrag

partnerschaftlich geregelt wurde, soll künftig obsolet sein. Man will die Ärztekammer aus allen relevanten Entscheidungsgremien hinausdrängen. Denn immer dann, wenn wir uns gegen bestimmte Dinge und Entwicklungen ausgesprochen haben, die offensichtliche Verschlechterungen für Patientinnen und Patienten und auch für Ärztinnen und Ärzte bedeutet hätten, hat man uns als Blockierer hingestellt. Hier will man es sich in Zukunft einfacher machen: kein Partner mehr, kein unbequemes Gegenüber mehr. Künftig sollen die Krankenkassen – so die Pläne der Politik – das alleinige Sagen haben.

Mit den vorliegenden Plänen wird der Verstaatlichung des Gesundheitssystems Tür und Tor geöffnet. Die Folgen – siehe Großbritannien – sind mehr als erschreckend. Nicht nur dort: In Deutschland bieten große, Medizin-ferne Konzerne medizinische Leistungen an.

Weil die Politik es in den vergangenen Jahren verabsäumt hat, ein leistungsfähiges, attraktives Gesundheitssystem zu gestalten, sollen Patientinnen und Patienten und mit ihnen die Ärztinnen und die Ärzte nun die Leidtragenden sein. Nicht nur das: Die Politik gefährdet die medizinische Versorgung der Bevölkerung. Bei der Planung hat man jetzt die Expertise der Ärztekammer hinausgedrängt.

**Das werden wir so nicht akzeptieren.**

Ihr

**Dr. Johannes Steinhart**  
Präsident der Österreichischen Ärztekammer

Gleichzeitig mit dieser Sonderausgabe der ÖÄZ wird auch ein Wartezimmerplakat versendet; ebenso auch Folder für Patientinnen und Patienten mit Informationen über die geplanten Änderungen. Dieser Folder steht unter [www.aerztekammer.at/versorgung-in-gefahr](http://www.aerztekammer.at/versorgung-in-gefahr) zum Download zur Verfügung.





„Irgendwann ist es auch genug. Offensichtlich hat es die Politik als nicht mehr notwendig gesehen, mit uns zu reden. Die Politiker glauben, ohne Ärztinnen und Ärzte Gesundheitsversorgung planen zu können. Wir

Ärztinnen und Ärzte sind die Experten im Gesundheitssystem und unsere Meinung soll künftig nicht mehr zählen. Durch die geplanten Änderungen wird jedenfalls die medizinische Versorgung unserer Patientinnen und Patienten verschlechtert. Leider wird auch die Vorsorgemedizin, die ja angeblich gestärkt werden soll, von der Politik sträflich vernachlässigt.“

**Dr. Edgar Wutscher,**

*Obmann der Bundeskurie niedergelassene Ärzte*



„Mit diesem 15a-Entwurf hat man uns Ärzten die Sozialpartnerschaft aufgekündigt. Es geht nur um Kontingentierung und ums Sparen. Von den rund 300 Millionen für den niedergelassenen Bereich sind 100 Millionen für die

Vorsorge, nur 200 Millionen kommen ins System. Und der Betrag deckt nicht einmal die Inflation ab. Mit dieser 15a-Vereinbarung wird der Privatisierung Tür und Tor geöffnet. Das ist nicht das, was wir uns unter einem solidarischen Gesundheitssystem vorstellen. So kann man mit uns Ärzten nicht umgehen.“

**Prof. Dr. Dietmar Bayer,** *stellvertretender*

*Obmann der Bundeskurie niedergelassene Ärzte*



„Der aktuelle Finanzausgleich ist genau das Gegenteil von dem, was man will: rund 600 Millionen für die Ambulanzen, rund 300 Millionen für den niedergelassenen Bereich. Wie soll damit der niedergelassene

Bereich gestärkt werden und die Spitalsambulanzen entlastet werden?“

**Dr. Stefan Kastner,** *Präsident der Ärztekammer Tirol*



„Diese 15a-Vereinbarung ist ein Total-Angriff auf unser Gesundheitssystem. Es ist ein Wahnsinn, dass man uns den Stellenplan wegnehmen will, das ist sicherlich das

Bedrohlichste. Damit wird es möglich, dass man jederzeit Konkurrenz in seiner unmittelbaren Nachbarschaft bekommt. Wir brauchen aber Planungssicherheit für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen bei der Ordinationsgründung, weil man enormes finanzielles Risiko auf sich nimmt. Wir fahren ungebremst in Richtung Privatmedizin. Und wenn man dabei die Wahlärzte in ihrer Tätigkeit weiter behindert, werden sie künftig Privatärzte werden. Das trifft dann wieder die Ärmsten der Armen: Sie werden komplett aus der Versorgung herausfallen. So wie das jetzt geplant ist, ist das der völlig falsche Weg.“

**Dr. Naghme Kamaleyan-Schmied,**

*stellvertretende Obfrau der Bundeskurie niedergelassene Ärzte*



„Der Finanzausgleich muss eine Stärkung der ärztlichen Versorgung für die Menschen in Österreich bringen, keine Schwächung der Ärztekammern und der Ärzteschaft.“

**Dr. Michael Sacherer,**

*Präsident der Ärztekammer Steiermark*



„Wenn es zur Aufhebung der Sozialpartnerschaft zwischen Ärztekammer und Sozialversicherung kommt, zeichnet sich hier eine Asymmetrie der Machtverhältnisse im Gesund-

heitssystem ab. Wer diesen Weg geht, muss wissen, dass ein in vielen Bundesländern bewährter Gesamtvertrag zur Disposition steht.“

**Dr. Karl Forstner,** *Präsident der Ärztekammer Salzburg*



„Solange es keine verpflichtende Patientensteuerung gibt, wird sich das Gesundheitssystem nicht vor unnötigen Mehrkosten schützen können. Patientenlenkung muss lückenlos in Gemeinsamkeit mit einer funktionierenden ELGA und Gesund-

heitshotline 1450 so aufgestellt sein, dass es für die Patienten rund um die Uhr möglich ist, niederschwellig ins Gesundheitssystem einzusteigen. Nur dadurch kann man Doppelgleisigkeiten in der Betreuung von Patienten verhindern und damit auch den Ärzten unnötige Administrationsaufgaben ersparen und ihnen mehr Zeit geben, ihre Patientinnen und Patienten zu behandeln.“

**Dr. Harald Mayer, Obmann der Bundeskurie angestellte Ärzte**



„Noch nie zuvor gab es in Österreich einen solchen Plan, eine Berufsgruppe in einer derart radikalen Weise von einem Partner zu einem reinen Befehlsempfänger zu degradieren. Die Ärzteschaft kann sich diese Entrechtung, die einer Demütigung gleicht

und noch dazu auf dem Rücken der Patienten ausgetragen wird, nicht gefallen lassen.“

**Dr. Markus Opriessnig, Präsident der Ärztekammer Kärnten**



„Das ist eine Gefährdung des bisher gut etablierten Vertragspartnersystems. Wir Ärztinnen und Ärzte werden mit erhobenem Haupt darauf reagieren und sicher nicht als Bittsteller.“

**Dr. Burkhard Walla, Präsident der Ärztekammer Vorarlberg**



„Das jahrzehntelange – und erfolgreiche – konstruktive Miteinander wird hiermit unter dem Vorwand von Reformen zerstört. Reformen – ja, aber erfolgreich

werden diese nur sein können, wenn man auch gemeinsam daran arbeitet!“

**Dr. Christian Toth, Präsident der Ärztekammer Burgenland**



„Die Begleitgesetze zur 15a-Vereinbarung schließen die Ärzte von der Planung im Gesundheitswesen aus. Das ist sicherlich zum Nachteil der Gesundheitsver-

sorgung von Patientinnen und Patienten. So wie wir auch bisher zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens beigetragen haben, wollen wir weiterhin mit den Playern im Gesundheitswesen zusammenarbeiten – auf Augenhöhe.“

**Dr. Peter Niedermoser, Präsident der Ärztekammer Oberösterreich**



„Die Politik glaubt, mit der Entmachtung der Ärztekammer werden alle Probleme der Versorgung im niedergelassenen Bereich gelöst. Das wird sich als falsch

herausstellen. Mit diesem Finanzausgleich sollen Strukturen geschaffen werden, die an der Realität und an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigehen.“

**Dr. Harald Schlögel, Präsident der Ärztekammer Niederösterreich**

**IMPRESSUM: Medieninhaber und Verleger:** Verlagshaus der Ärzte GmbH – Gesellschaft für Medienproduktion und Kommunikationsberatung GmbH, 1010 Wien, Nibelungengasse 13. **Herausgeber:** Bundeskurie niedergelassene Ärzte der Österreichischen Ärztekammer, ÖÄK. **Mit der Herausgabe beauftragt:** Dr. Peter Neidhart. **Chefredaktion:** Dr. Agnes M. Mühlgassner, MBA. Tel. 01/512 44 86; Fax: 01/512 44 86/24; E-Mail: office@aerzteverlagshaus.at; www.aerztezeitung.at; **Hersteller:** Druckerei Berger, Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H; A-3580 Horn; Wienerstraße 80; **Copyrights:** Cover©GettyImages/Karl Forstner©Gregor Zeitler/Michael Sacherer©Harry Schiffer Photodesign/Stefan Kastner©Christof Birbaumer/Johannes Steinhart©Klara Tischler/Harald Mayer©Gregor Zeitler/Naghme Kamaleyan-Schmied©Stefan Seelig/Dietmar Bayer©Hauptverband, APA-Fotoservice, Hoermandinger/Edgar Wutscher©Bernhard Noll/Peter Niedermoser©Karin Schwarz/Markus Opriessnig©health4me/Dr. Harald Schlögel©Bernhard Noll/Dr. Burkhard Walla©AEK Vorarlberg, walsa-image/Dr. Christian Toth©AEK Burgenland. **Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz:** www.aerztezeitung.at/Kontakt/Impressum